

Abstimmung «verzögert und verschleppt»

bz 7.3.08

Bildungsvielfalt Elternlobby kritisiert die Regierung, weil sie den Termin für den Urnengang noch nicht bestimmt hat

Die Elternlobby wirft dem Baselbieter Regierungsrat vor, die Volksabstimmung zur Volksinitiative «Bildungsvielfalt für alle» zu verschleppen. Regierungsrat Wüthrich wehrt sich.

JÜRIG GOHL

Vergeblich gewartet hat die Elternlobby am Dienstag: Sie hoffte, dass der Baselbieter Regierungsrat die Volksinitiative «Bildungsvielfalt für alle» auf den 1. Juni ansetzen würde. Doch der Verein um die Reinacherin Pia Amacher, der mit seiner Initiative erreichen will, dass der Staat auch Privatschulen weit stärker

als bisher mitfinanziert, muss sich weiter gedulden.

Da die Initiative bereits am 6. Dezember 2006 eingereicht worden ist, wird die gesetzlich festgesetzte Frist von 18 Monaten, die maximal zwischen Einreichen und Abstimmung liegen dürfen, nicht eingehalten. «Regierungsrat ignoriert Verfassung und Gesetz» titelte die Elternlobby eine Mitteilung, in der sie der Regierung vorwirft, sie «verschlepe und verzögere» das Initiativbegehren «ein weiteres Mal». Zudem wird der Regierung und speziell der Bildungsdirektion auch «fortgesetzte Ignoranz gegenüber dem Initiativkomitee» vorgeworfen, weil es nach

wie vor auf Informationen wartet. Die Befürworter kämpfen schon seit langem mit vielerlei Veranstaltungen und Leserbriefen für ihr Anliegen.

Termin in weiter Ferne

Der kritisierte Regierungsrat Urs Wüthrich wagt noch keine Prognose, wann das Volk zur Bildungsvielfaltsinitiative (siehe auch bz von gestern) an die Urne gerufen wird. Er wehrt sich aber entschieden gegen den Vorwurf, die Vorlage zu verschleppen. Die Regierung habe sich bereits Mitte 2007 erstmals mit dem Begehren befasst. Ob sie Ja oder Nein dazu sage, ob sie einen Gegenvorschlag vorlegen wolle, und

wie dieser gegebenenfalls lauten soll, ist aber noch offen. «Wir wollen einen soliden Positionsbezug der Regierung schaffen», sagt Wüthrich und nährt damit nicht unbedingt die Hoffnungen der Initianten auf eine baldige Abstimmung.

Seine persönliche Meinung möchte er nicht kundtun, obwohl seine ablehnende Haltung schon mehrfach durchgesickert ist. Nur so viel lässt sich Urs Wüthrich entlocken: «Ich sage Ja zu Wettbewerb in der Bildung, aber Nein zu einem Markt in der Bildung.»

In die Reihe der vielen Gegner der Initiative hat sich am Dienstag auch noch die Konfe-

renz der Präsidentinnen und Präsidenten der Basellandschaftlichen Schulräte eingefügt. Sie schreibt von einem verhänglichen Titel der Vorlage, die sie konsequent «Privatschulinitiative» nennt und auch als «Mogelpackung» bezeichnet. Ihre Resolution gegen die Vorlage ist überschrieben mit «Nein zur Checkbuch-Pädagogik».

Kritisiert wird, dass mit der Finanzierung privater Schulen durch den Staat mitnichten die angekündigte Bildungsvielfalt geschaffen werde, sondern im Gegenteil eine Zweiklassengesellschaft, schreibt Ursula Martin-Strebel, die Präsidentin aller Schulratspräsidien.